

DEUTSCHLAND

Ex-Spitzel Kurras will Geld von Staat behalten

Der frühere Stasi-Spitzel Karl-Heinz Kurras, der vor mehr als 40 Jahren den Studenten Benno Ohnesorg erschossen hatte, will staatliche Beihilfen nicht zurückzahlen. Dabei geht es um Entschädigungsleistungen, die der heute 82-Jährige erhalten hatte, weil er nach Kriegsende im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen einsaß. Das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales hatte den Betrag von heute mehr als 4000 Euro zurückgefordert. Dagegen werde er in der nächsten Woche Klage beim Berliner Verwaltungsgericht einreichen, sagte Kurras' Anwalt. Laut Sozialbehörde geht aus den Stasi-Akten hervor, dass Kurras wegen illegalen Waffenbesitzes in Sachsenhausen gesessen hatte und nicht aus politischen Gründen. dpa

Verfassungsrichter stoppen Nichtraucher-Schutz

Der Verfassungsgerichtshof des Saarlands hat das bundesweit strengste Nichtraucherschutzgesetz kurz vor seinem Inkrafttreten am 1. Juli gestoppt. Die Richter gaben nach Mitteilung vom Montag Eilanträgen von Gastronomen statt, die gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerden eingelegt hatten. Das Gericht will jetzt prüfen, ob unter anderem in kleinen Kneipen und Wasserpfeifen-Cafés weiter geraucht werden darf oder deren Betreiber für Einbußen entschädigt werden müssen. dpa

Wulff ist unzufrieden mit Medienberichten über sich

Der Kandidat von Union und FDP für das Amt des Bundespräsidenten, Christian Wulff (CDU), hat die Medien für den Umgang mit seiner Kandidatur kritisiert. Er bezog sich auf die möglichen Gegenstimmen aus dem schwarz-gelben Lager. „Es sind im Moment vier Liberale, die erklären, (den Kandidaten von SPD und Grünen, Joachim) Gauck zu wählen. Wenn ich die Medien verfolge, habe ich den Eindruck, es könnten auch 400 sein“, sagte Wulff. Die Linke in Niedersachsen erklärte, dass ihre vier Wahldelegierten Gauck nicht wählen würden. dpa Seite 11

Atom-Treffen im Kanzleramt

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) berät sich am Mittwoch mit den Chefs der vier Atomkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall über längere AKW-Laufzeiten. Das Treffen im Kanzleramt sei ein reines Informationsgespräch mit Blick auf das neue Energiekonzept. „Entscheidungen werden nicht getroffen“, sagte Vize-Regierungssprecher Christoph Steegmans gestern. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) nehmen nicht teil. Die Manager wollen bei der Bundeskanzlerin auch ihren Ärger über die von der Regierung geplante Brennelementesteuer loswerden. In Branchenkreisen werden Klagen gegen die Steuer, die jährlich 2,3 Milliarden Euro einbringen soll, diskutiert. dpa

Im Auge behalten

Verfassungsschutz besorgt über linksextreme Gewalt / Kein organisierter Terrorismus

Von Marie-Sophie Adeoso und Damir Fras

BERLIN. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2009 hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sich erneut besorgt gezeigt über den Anstieg linksextremistischer Gewalt in Deutschland. Gleichwohl betonte der Minister, dass es keine Hinweise auf organisierten linken Terrorismus gebe. „Es gibt Gewalt gegen Personen, aber Terrorismus ist erst dann erreicht, wenn daraus ein Programm wird“, sagte de Maizière.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, fügte hinzu, es sei nicht auszuschließen, dass es in der Zukunft Bestrebungen eines neuen linken Terrorismus geben könne. „Das muss man im Auge behalten.“ Thomas de Maizière räumte ein: „Wir wissen zu wenig über diese Szene und ihre Leitfiguren.“ Er forderte eine stärkere Achtung linker Gewalt, insbesondere bei Demonstrationen.

Laut dem neuen Verfassungsschutzbericht stieg die Zahl links-extremistischer Straftaten im vergangenen Jahr von 3124 auf 4734 Straftaten, die darunter gefassten Gewaltdelikte von etwa 700 auf 1100. Ins Gewicht fallen dabei besonders die um 40 Prozent erhöhten Fälle von Körperverletzungen und die Verdopplung von Brandstiftungen. Zudem habe es sieben Tötungsversuche gegeben. Der Anteil gewaltbereiter Linksextremisten wird im Bericht auf rund 6600 geschätzt, sie rekrutieren sich überwiegend aus der sogenannten autonomen Szene.

Diese Zahlen dürften jedoch nicht zu dem Missverständnis führen, dass Rechtsextremismus zu vernachlässigen sei, hieß es weiter. Mit 18750 Straftaten stagnierte der Rechtsextremismus auf hohem Niveau und forderte 2009 erneut ein Todesopfer. Gerade unter den „Autonomen Nationalisten“ gebe es enormes Gewaltpotenzial.



Sorgenkinder des Verfassungsschutzes: die Autonomen. ALEX KRAUS

WIRTSCHAFTSSPIONAGE

Die Abwehr von Wirtschaftsspionage soll ein neuer Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes werden, neben der Bekämpfung von Terrorismus und politischem Extremismus.

Außer Politik und Militär seien auch Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Visier von Spionen. Die Gefahr

werde von kleinen und mittelständischen Betrieben unterschätzt, warnt Innenminister Thomas de Maizière (CDU).

Zunehmend werden Informationen elektronisch ausgespäht, über Angriffe auf Netzwerke und Computersysteme. Nachrichtendienste, etwa aus China und Russland, agieren auch vor Ort. msa

„Ideologisches Modellprojekt“

Trittin sagt vor dem Asse-Untersuchungsausschuss aus und will aus der Vergangenheit lernen

Von Peter Mlodoch

HANNOVER. Die Lehren aus dem Asse-Desaster sind für den prominenten Zeugen eindeutig. „Wenn man ein Problem nicht lösen kann, darf man es nicht auch noch vergrößern“, erklärte der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) am Montag vor dem Asse-Untersuchungsausschuss des Niedersächsischen Landtags. Also keine Laufzeitverlängerungen von AKWs, schrieb der Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion vor allem den Abgeordneten von CDU und FDP ins Stammbuch. „Denn längere Laufzeiten bedeuten noch mehr Atom-müll.“ Und dessen Entsorgung sei nach wie ungeklärt.

Der Bogen vom absaufenden Salzbergwerk bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel zum Salzstock in Gorleben war da natür-

lich schnell geschlagen. Eindringendes Wasser, rostende Fässer, kontaminierte Laugen – all diese Gefahren lauerten auch in einem potenziellen Endlager im Wendland, warnte Trittin. „Aber Schwarz-Gelb will Gorleben mit aller Gewalt durchsetzen.“ Die Bundesregierung und auch die CDU/FDP-Landesregierung blockierten ein neues Auswahlverfahren; stattdessen werde der im Atomkonsens von 2000 verfügte Stopp für den als Erkundungsbergwerk getarnten Schwarzbau jetzt mit den Mitteln des Bergrechts ausgehebelt, schimpfte der Ex-Minister. „Das ist das Gegenteil dessen, was man aus der Asse lernen könnte.“

Das Pannen-Bergwerk galt lange Zeit als Testlauf für den Standort Gorleben. Schwierigkeiten unter Tage wurden offenbar systematisch verschleiert, um den



Jürgen Trittin sagte vor dem Ausschuss, dass Asse ein Pilotprojekt für das geplante Endlager in Gorleben war. DPA

AKW-Gegnern nicht in die Hände zu spielen. „Die Asse war geologisch wie ideologisch als Modellprojekt für Gorleben gedacht. Ein Scheitern der Asse hätte Gorleben gefährdet“, sagte Trittin.

Fragen nach möglichen eigenen Versäumnissen ließ Trittin im Ausschuss an sich abprallen. Warum er als Umweltminister nicht die Zuständigkeit für die Asse an sich gezogen habe, warum er sich nicht für das strengere Atomrecht statt des Bergrechts eingesetzt habe, wollten die Obleute von CDU und FDP vom Ex-Minister wissen.

Die Sicherheitsbehörden schätzen auch die islamistische Gefahr in Deutschland weiterhin als hoch ein. Die Bundesrepublik liege „im unmittelbaren Fokus“ islamistisch-terroristischer Gruppierungen, heißt es in dem Bericht. Der Verfassungsschutz ging Ende vergangenen Jahres von 29 bundesweit agierenden islamistischen Organisationen aus. Die Zahl der Islamisten sei von etwa 34 720 im Jahr 2008 auf etwa 36 270 im Jahr 2009 gestiegen. Eine organisatorische Anbindung an das Terrornetzwerk Al-Kaida sei jedoch in den wenigsten Fällen zu erkennen, so die Verfassungsschützer in ihrem Bericht. Ebenso wenig lasse sich genau beziffern, wie viele Anhänger Al-Kaida in Deutschland habe.

Hotline für Islamisten

Noch in diesem Sommer will der Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm für Islamisten ins Leben rufen. Nach Angaben Fromms werden eine Telefon-Hotline und ein Internet-Angebot eingerichtet. Experten sollen junge Erwachsene beraten, die sich noch in Deutschland aufhalten, aber mit einer Reise in ein terroristisches Ausbildungslager im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet liebäugeln. Fromm sagte, es sei unklar, welche Resonanz dieses Programm haben werde, in dem gezielt auch türkisch- und arabischsprachige Fachleute eingesetzt werden sollen. „Womöglich wird das nur ein bescheidener Beitrag, aber es ist immerhin ein Versuch“, sagte Fromm.

2009 sind nach Schätzung der Sicherheitsbehörden etwa 30 junge Männer aus Deutschland in Ausbildungslager in Afghanistan und Pakistan gereist. Vor allem im Umfeld der Bundestagswahl im vergangenen Herbst seien „in einer bisher einmalig hohen Dichte“ propagandistische Audio- und Videobotschaften mit Deutschlandbezug im Internet verbreitet worden. Seite 10